

kommt. Diese Zahlen stammen vom Vizegouverneur der Provinz Guangdong, Zheng Dingshi. Freilich sind damit noch nicht sämtliche Posten genannt. Zheng schätzt, daß die Geschäfte mit Hongkong ungefähr 20-30% der "Gesamtgewinne" Chinas aus dem "jährlichen Außenhandel" erbringen. Diese Angabe ist zu ungenau, als daß sich daraus konkrete Zahlen ableiten ließen (24). Gleichwohl ist die Frage gestattet, ob Beijing wirklich so töricht sein sollte, im Zeitalter der "Modernisierung" eine Goldgrube zuzuschütten.

Es waren bisher "zehn Hauptingredienzien", die für den Hongkonger Erfolg maßgebend waren, nämlich freies Unternehmertum, Preisgestaltung durch den Markt, Freizügigkeit, weltweite Vermarktung, ein liberales Rechtssystem, Informationsfreiheit, freier Geldtransfer, unabhängige Währung, effiziente Finanzinstitutionen und ein unkompliziertes Steuerrecht (25).

Die VR China wird sich hüten, hier mit hölzernen Fingern einzugreifen - sie weiß um die Zerbrechlichkeit des Vertrauens.

Andererseits wird sie überall dort hart zufassen, wo es um die "großen politischen" und um Sicherheitsbelange geht. Hongkong wird also z.B. kaum je Anlaufstation für sowjetische Marineeinheiten werden; keine andere Macht wird sich der günstigen strategischen Situation der Insel und ihres taifunsicheren Tiefseehafens bedienen können, wenn China es nicht ausdrücklich gestattet.

## 6.

### Das chinesische "Gesicht"

Die Führung in Beijing will schließlich auch nicht so recht begreifen, warum zahllose Ausländer einerseits voll optimistischer Erwartungen Joint Ventures mit chinesischen Firmen eingehen und in die neueingerichteten "Wirtschaftssoonderzonen" von Shenzhen und Zhuhai strömen, warum sie aber andererseits Angst vor der Umwandlung Hongkongs in eben eine solche "Wirtschaftssoonderzone" haben. Der Sand läuft ja keineswegs aus, und es ist auch keineswegs so, daß sich Investitionen bis 1997 unbedingt amortisiert haben müssen: Das Geschäftsleben geht auch danach weiter! Notfalls könnte ja die Staatliche Chinesische Versicherung befürchtete Risiken abdecken. Im übrigen sollte man doch Vertrauen haben. "Vertrauen" - dies ist in der Tat das Schlüsselwort, das von chinesischer Seite

immer wieder hervorgeholt wird.

Beim Ziel der chinesischen Hongkong-Politik - nämlich der "Wiedererlangung der vollen Souveränität" - geht es ums Gesicht, das in der chinesischen Politik eine so ungemein wichtige Rolle spielt; hier läßt man nicht mit sich "spaßen". Bei den Modalitäten allerdings wird China wahrscheinlich höchst flexibel sein - vielleicht noch "weicher" als bei seiner Shenzhen-Politik!

### Anmerkungen:

- 1) Vorsitzender des Hongkong-Macao-Büros im Staatsrat war der gerade verstorbene Liao Chengzhi.
- 2) C.a., September 1982, Ü 1.
- 3) XNA, 1.10.82.
- 4) XNA, 1.10.82.
- 5) XNA, 29.9.82.
- 5a) FEER, 9.6.83, S.42.
- 6) XNA, 13.7.83.
- 7) XNA, 12.7.83.
- 8) Ming Bao, 28.9.82.
- 9) So AWSJ, 13.8.82.
- 10) So der Vorschlag in AWSJ, 29.10.82.
- 11) Zur Internationalisierung South China Morning Post, 8.12.82.
- 12) So Verena Stern, Die Welt, 16.8.82.
- 13) Zit. nach Cheng Ming, 1.8.82.
- 14) AWSJ, 12.7.83.
- 15) Hongkong Xinbao, 21.9.82, zit. nach SWB, 22.9.82.
- 16) SWB, 23.9.82.
- 17) Interview der Hongkonger Zeitung Bai Xing mit einem ungenannten "hohen Kader" des chinesischen Außenhandelsministeriums, in SWB, 23.9.82.
- 18) In diesem Sinne beispielsweise Die Welt, 3.12.82.
- 19) Letzteres behauptet allerdings FEER, 2.6.83, S.23.
- 20) AWSJ, 23.7.82.
- 21) AWSJ, 30.5.83.
- 22) So NZZ, 20.7.83.
- 23) AWSJ, 30.5.83.
- 24) AWSJ meint, daß diese Gesamtgewinne bei 25 Mrd.US\$ liegen. 5-7,5 Mrd.US\$ wären demnach der Hongkonger Beitrag für das chinesische Budget (18.2.83), das sich i.J. 1982 auf 110,69 Mrd.Yuan (BRU 1983, Nr.3, S.15) belief, also auf rund 55 Mrd.US\$. Das Budget würde m.a.W. mit über 10% aus dem Hongkong-Geschäft finanziert - eine bei weitem überzogene Schätzung!
- 25) AWSJ, 30.12.82.

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

YU-HSI NIEH

### Menschenrechte in Taiwan

#### unter einer "Kriegsrecht-

#### Demokratie"

\*  
\*

\*\*\*\*\*

Am 9. Dezember des vorigen Jahres, dem Vorabend des Internationalen Menschenrechtstages 1982, hat die "Chinesische Menschenrechtsvereinigung" in Taipei (Taipei) einen Bericht über den Zustand der Menschenrechte in Taiwan veröffentlicht (1). Dieser Bericht besteht aus vier Teilen, die jeweils die politischen, die wirtschaftlichen, die sozialen und die kulturellen Menschenrechte betreffen. Vier Universitätsinstitute haben im Auftrag des genannten Menschenrechtsorgans zwischen Dezember 1981 und Dezember 1982 je in einem Bereich eine demographische Arbeit durchgeführt. Die Fakultät für politische Wissenschaft an der Donghai (Tunghai)-Universität hatte die politischen Menschenrechte, das Institut für Volkswirtschaft an der Zhengchi (Chengchi)-Universität die wirtschaftlichen Menschenrechte, die Fakultät für Soziologie an der Zhongxing (Chunghsing)-Universität die sozialen Menschenrechte und das Pädagogische Institut an der Lehrerausbildungsuniversität (Shifan Daxue) die Menschenrechte im Kultur- und Bildungswesen ermittelt.

In der Presse Taiwans wurde über die Untersuchungsergebnisse der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte nur kurz berichtet. Allgemein wurden die Menschenrechte hinsichtlich der Lebensunterhaltungsgewährung, Gleichberechtigung von Arbeits-, Berufsbildungs- und Berufsförderungschancen, Arbeitszeit und Freizeit sowie des Rechtsschutzes für Einkommen und Vermögen von den Befragten positiv beurteilt. Schlechte Noten bekamen der Umweltzustand und der Verbraucherschutz. In der Beurteilung über die Praxis gleiche Arbeit - gleiches Verdienst, über das Rentensystem sowie die Steuerbelastung überwogen die negativen Stimmen unter den Befragten die positiven.

Der Bericht über die sozialen Menschenrechte wies darauf hin, daß die Gleichberechtigung der Frau bei politischen Wahlen, bei der Ausbildung, der Berufswahl sowie im Familienleben entsprechend respektiert werde. Dagegen würden, so der Untersuchungsbericht, im Hinblick auf Besitztum, Erbschaft, Aufstiegschancen im Beruf, Lohn für gleiche Arbeit die Frauen auf der Insel noch diskriminiert. Ferner meinte der Bericht, daß der soziale Schutz für Frauen vor gefährlicher und schwerer Arbeit nicht ausreichend sei. Über die Hälfte der Befragten stimmte zu, daß es in der Gesellschaft Maßnahmen gebe, Kinder zu schützen und zu versorgen. Dagegen wurde die Diskriminierung von Behinderten bei der Zuweisung von Arbeitsplätzen bemängelt. Für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen würden diese nicht besonders berücksichtigt.

Ungenügend fand die Mehrheit der Befragten die medizinische Versorgung für die Geisteskranken. Die alten Leute würden zwar in der Gesellschaft respektiert, doch müsse man sich mehr um ihr Freizeitleben kümmern.

Was die Menschenrechte im Kultur- und Bildungsbereich betrifft, haben die Befragten sich zu Themen wie Chancengleichheit in der Bildung, sozial kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen, Teilnahme von Lehrenden und Lernenden, akademischer Freiheit und Forschung sowie Ethik meist positiv geäußert. Allerdings wies das Untersuchungsergebnis auch zahlreiche Mängel in der Praxis der Menschenrechte im Kultur- und Bildungswesen in Taiwan auf: die übertriebenen Examanforderungen, Unflexibilität der Lehrstoffe, ungenügende Selbständigkeit der Lernenden, Nachlässigkeit bei der Berufsberatung, ungenügende Aktivitäten in den Bereichen von sozialer Ausbildung und Kunst, schwere Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen für die Betroffenen.

Infolge der erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung hat die Insel Taiwan - zumindest im Vergleich mit den meisten Entwicklungsländern - einen beachtlichen Wohlstand aufgebaut. Am Pro-Kopf-Einkommen gemessen steht Taiwan (1981 = 2360 US\$) hinter Japan, Singapur, Hongkong und noch vor Südkorea unter den Wohlhabenden in Süd- und Ostasien. Nach einem statistischen Bericht der japanischen Regierung liegt die Kalorienmenge aus den täglichen Nahrungsmitteln pro Person in Taiwan mit 2.729 g noch vor

der in Japan (2.526 g) an der Spitze in Asien. Jeder Einwohner von Taiwan konsumiert durchschnittlich jeden Tag 110 g Fleisch, das ist fast zweimal soviel wie die Durchschnittsportion eines Japaners (62 g), dreimal soviel wie die eines Koreaners (32 g) und dreißigmal soviel wie die eines Inders (4 g) (2). Auch im Hinblick auf die Einkommensverteilung ist die Insel unter den Entwicklungsländern wohl vorbildlich. Während der Anteil des untersten Fünftels aller Haushalte an dem Gesamtkuchen des Nationaleinkommens laut offiziellen Statistiken von 7,71% (1964) auf 8,82% (1980) zunahm, schrumpfte der des obersten Fünftels im gleichen Zeitraum von 41,7% auf 37,52%. Damit verkleinerte sich der Abstand zwischen den beiden Schichten um das 5,33fache auf das 4,17fache. Die mittleren drei Fünftel der Haushalte zwischen arm und reich haben bei der Einkommensverteilung in derselben Periode ihre Anteile jeweils um über ein Prozent verbessert (3). In dem Bericht des US-Außenministeriums über die Menschenrechte in den einzelnen Staaten der Welt für 1982 wurden Taiwans Erfolge bei seinen Bemühungen um die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialversorgung für die Bevölkerung ebenfalls positiv beurteilt. In dem Haushaltsplan für das Finanzjahr 1983 hat laut Bericht die Regierung über 30% der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Kultur und soziale Programme eingesetzt. Im Jahre 1980 standen für je 10.000 Einwohner der Insel durchschnittlich 7,5 Ärzte, 6,6 Krankenschwestern und 22 Hospitalbetten zur Verfügung. Die Lebenserwartung betrug 70 Jahre bei Männern und 75 Jahre bei Frauen. 90,2% der Bevölkerung im Alter von über 6 Jahren können lesen und schreiben. 99,8% der schulreifen Kinder wurden eingeschult. 60% der Schulabgänger gehen nach der 9jährigen Schulpflicht durch eine Aufnahmeprüfung in eine höhere Schule für Abitur oder Berufsausbildung über (4).

Während das oben genannte Untersuchungsergebnis der "Chinesischen Menschenrechtsvereinigung" über die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte, die man nur als Menschenrechte im weiteren Sinne versteht, mit den meisten anderen sachlichen, objektiven Beurteilungen übereinstimmt und wohl auch dem tatsächlichen Zustand entspricht, ist ihr Bericht über die politischen Menschenrechte, d.h. die Menschenrechte im herkömmlichen und engeren Sinne, auf Kritik von verschiedenen Seiten gestoßen.

Nach dieser Untersuchung haben 79,25% der Befragten in den insgesamt 2.484 zurückgenommenen Fragebögen den gegenwärtigen Zustand der Menschenrechte in Taiwan für positiv, 10,95% für negativ gehalten; 92,79% der Befragten stimmten darin überein, daß in den vergangenen 30 Jahren sich die Lage bei den Menschenrechten auf der Insel verbessert habe, während nur 4,19% die Meinung vertraten, daß es bei den Menschenrechten keine wesentliche Veränderung beziehungsweise sogar eine Verschlechterung gegeben habe. Zwei Fünftel der Befragten wußten nicht, daß es auf der Insel ein Notstandsgesetz gibt; drei Fünftel der Personen, die von dem Bestehen des Gesetzes Kenntnis hatten, meinten, daß ihr alltägliches Leben durch das Notstandsgesetz kaum beeinflußt werde, zwei Drittel brachten zum Ausdruck, daß sie eine gewisse Einengung verspürten. Die überwiegende Mehrzahl der Befragten, so der Bericht, ist der Ansicht, daß die Freiheit zu reisen, den Wohnort zu wechseln und den Aufenthaltsort zu bestimmen, nicht eingeschränkt sei. Sie fühlten sich durch die Sicherheitsbehörden weder psychologisch unter Druck gesetzt noch in ihren Lebensäußerungen belästigt. 37,16% der Befragten halten die Sicherheit des Staates für wichtiger als die Gesellschaftsordnung, den wirtschaftlichen Wohlstand, Demokratie und Freiheit sowie soziale Gleichberechtigung, und nur 12,1% der Befragten maßen der Demokratie und Freiheit den höchsten Stellenwert bei (5).

Dieser Teil des Berichts macht den Eindruck, als ob die Menschenrechte in Taiwan besser als ihr Ruf seien. Doch wurde die Objektivität der angewandten Untersuchungsmethode von den Kritikern angezweifelt. Bei der Auswahl der Befragten hat man z.B. keinen Unterschied zwischen der Untersuchung der politischen Menschenrechte und der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Menschenrechte gemacht. Daß ein normaler Bürger seine Meinung darüber äußern kann, ob er mit der Sozial- bzw. Kulturpolitik der Regierung zufrieden ist, beweist allerdings nicht unbedingt den tatsächlichen Zustand der politischen Menschenrechte. Um festzustellen, ob die politischen Menschenrechte verletzt würden, müsse man eher die Betroffenen wie z.B. die Dissidenten, Häftlinge oder deren Verwandte als andere Unbetroffene befragen. Die Fragen, so die Kritiker, waren meistens zu allgemein und vage, manche sogar tendenziös. Konkre-

te Sachverhalte wie z.B. Foltern, Postzensuren, willkürliche Verhaftungen, wovon man auf der Insel nicht sehr selten hörte, wurden bei der Untersuchung über die politischen Menschenrechte nicht berücksichtigt. Obwohl die Umfrage anonym durchgeführt wurde, wollte andererseits die große Mehrheit der Befragten zu manchen politisch heiklen Fragen keine Meinung äußern. Auf die Frage z.B., ob neue politische Parteien zugelassen werden sollten, haben zwar 27,13% der Befragten mit "Nein" und nur 15,8% mit "Ja" geantwortet, aber 54,87% enthielten sich einer Meinungsäußerung. In dem Bericht wurde das Verhältnis von 1,79 : 1 zwischen Befürwortern und Ablehnern des Verbots der Gründung neuer politischer Parteien bekräftigt, aber es fehlte eine Erklärung über die überwiegende Stimmenenthaltung. Zur Regierungskontrolle über die Publikationen wollten ebenfalls 55,4% der Befragten keine Meinung äußern. Insgesamt hat die Fakultät für politische Wissenschaften an der Donghai-Universität, wie bereits erwähnt, 2.484 gültige Fragebögen zurückerhalten; allerdings wurde nicht bekanntgemacht, wieviel Fragebögen ursprünglich verteilt worden waren. Vermutlich hat ein großer Teil der Befragten Bedenken, politische Meinungen, insbesondere Meinungen zu politisch sensiblen Fragen, zu äußern (6).

Angeblich hatte die "Chinesische Menschenrechtsvereinigung" zwei Tage vor der Bekanntgabe des Menschenrechtsberichts, am 7. Dezember 1982, die Untersuchungsergebnisse auf einem internen Kolloquium diskutiert, wobei man eine Revision des Berichts für erforderlich gefunden habe. Was die politischen Menschenrechte anbetrifft, meinten die Mitglieder der Menschenrechtsorganisation wie die Menschenrechtler außerhalb der Organisation, daß ein Teil der Fragen zu allgemein sei, wobei es sich noch eher um eine Bewertung der politischen Menschenrechte denn eine Untersuchung der Tatsachen handele. Zur Revision des Berichts wurde vorgeschlagen, daß Teile der Statistiken erneut berechnet beziehungsweise mit weiteren Analysen ergänzt werden sollten.

Nicht ausreichend oder mangelhaft fand man bei der internen Diskussion auch die Auswahl der Befragten bei bestimmten Menschenrechtsfragen, die Gliederung und die logische Formulierung des Berichts. Es war in dem Revisionsvorschlag ebenfalls davon die Rede, daß man die rigorosen Fra-

gen der Menschenrechte wie die Anwendung des Polizeigesetzes (Weijingfa, nach dem die Polizei ohne Gerichtsverfahren leichte Freiheitsbeziehungsweise Geldstrafen verhängen kann), Foltern und Menschenrechtssituation der Gefangenen eingehend behandeln solle (7).

Infolge der Unvollkommenheit des Berichts hat die Menschenrechtsorganisation laut Meldung der LHB auf die Veröffentlichung des Dokuments mit vollem Text am Vorabend des internationalen Menschenrechtstages verzichtet; statt dessen wurden nur die statistischen Zahlen bekanntgegeben (8). Obwohl ein Sprecher der für die Untersuchung der politischen Menschenrechte zuständigen Gruppe, Xu Zhenguo, Dozent der Fakultät für politische Wissenschaften an der Donghai-Universität, auf der öffentlichen Konferenz zur Bekanntmachung der Untersuchungsergebnisse betonte, daß die Meinungsforschung in erster Linie auf Erkenntnisse, Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung über den Zustand der Menschenrechte, nicht aber auf den Menschenrechtszustand selbst abziele (9), ließ sich der Vorwurf, die Statistiken seien irreführend, kaum ausräumen. Ohne den tatsächlichen Zustand der politischen Menschenrechte zu nennen, können sich die Befragten auch keine "richtige" Meinung bilden. Ein Teilnehmer an der genannten öffentlichen Konferenz der Menschenrechtsorganisation, Prof. Li Hongxi, hat nach der Bekanntgabe der statistischen Zahlen ironisch gesagt, daß Taiwan dem Bericht entsprechend ein "Supermensenrechtsstaat" sei. Wenn das Untersuchungsergebnis - auch in fremden Sprachen - weltweit verbreitet würde, müßte sich das Innenministerium auf eine Bevölkerungsexplosion auf der Insel durch einen Strom von Einwanderern gefaßt machen. Ein anderer eingeladener Teilnehmer, Prof. Lang Yuxian, hat nach der Finanzierungsquelle der Menschenrechtsuntersuchung gefragt und gemeint, das Ergebnis an sich sei schon zweifelhaft, wenn der Auftrag sowie das Geld von Regierungsseite gekommen sei (10).

Die "Chinesische Menschenrechtsvereinigung", die erst vor drei Jahren gegründet wurde, gilt zwar als privates Institut, doch ist ihre Unabhängigkeit von Anfang an von vielen angezweifelt worden. Nach der Darstellung eines Artikels über die Geschichte der Menschenrechtsbewegung in Taiwan in einem chinesischsprachigen Wochenblatt der taiwane-

sischen Exiloppositionellen in den USA "Meilidao" hatten zunächst einige "parteilose" (Dangwai, d.h. Nicht-Guomindang-Mitglieder) Menschenrechtler die Absicht gehabt, am internationalen Menschenrechtstag 1979 eine Menschenrechtskommission zu bilden. Um die Geburt einer regierungskritischen Menschenrechtsorganisation zu verhindern, hätten mehrere Politiker beziehungsweise Anhänger der Guomindang unter Führung von Hang Liwu (Han Lih-wu), einen ehemaligen Minister für Bildungswesen und Botschafter, noch vor diesem Termin die Gründung der genannten "Chinesische Menschenrechtsvereinigung" bei den Behörden angemeldet (11). In ihrer knapp vierjährigen Geschichte seit der Gründung hat sich diese hauptsächlich um die Menschenrechte auf dem chinesischen Festland gekümmert. Über die Menschenrechtsverletzungen in Taiwan hat sie bislang entweder geschwiegen oder sogar den Regierungsstandpunkt vertreten. Am 11. Dezember des vorigen Jahres hat ihr Vorsitzender, Hang Liwu, z.B. US-Senator Kennedy kritisiert, weil dieser einen Tag davor auf einer Pressekonferenz anläßlich des internationalen Menschenrechtstages der Regierung in Taiwan die willkürliche Verhaftung und Unterdrückung von Menschen vorgeworfen hatte. Außerdem hat die Menschenrechtsorganisation noch am gleichen Tag eine politische Tagung unter dem Titel "Symposium über die Einheitsfront der chinesischen Kommunisten und den Konsensus der Bürger" veranstaltet, auf der Hang als Veranstalter in seiner Rede im Einklang mit der Regierungspolitik das Friedensangebot aus Beijing einfach als Intrige ablehnt. Laut Bericht des Parteiorgans der Guomindang ZYRB wurde auch die taiwanesishe Unabhängigkeitsbewegung, zu der die meisten Dissidenten auf der Insel mehr oder weniger offen oder heimlich neigen, in der genannten Menschenrechtsdiskussion verurteilt (12). All diese Stellungnahmen der "Chinesischen Menschenrechtsvereinigung" in Taipei einschließlich ihres oben erwähnten Menschenrechtsberichts haben den Eindruck verstärkt, daß sie in erster Linie es sich zur Aufgabe machen wolle, die Regierungspolitik zu rechtfertigen.

Eine glaubwürdige politische Umfrage muß sich sowohl auf die Unbefangenheit des Meinungsforschungsinstituts als auch auf die Freiheit der Meinungsäußerung auf Seiten der Bevölkerung stützen. Taiwan steht seit 34 Jahren ständig unter Kriegsrecht. Ob-

wohl, wie das erwähnte Meinungsforschungsergebnis der Menschenrechtsorganisation in Taipei gezeigt hat, das tägliche Leben der großen Mehrheit der Bevölkerung auf der Insel von dem Notstandsgesetz wenig berührt wird, ist die politische Freiheit, insbesondere die politische Meinungsbildung und -äußerung, begrenzt. Es herrscht eine Pressekontrolle, die man zwar nicht unbedingt als streng, doch als sehr willkürlich bezeichnen kann.

Anfang der fünfziger Jahre hatte die Regierung mit der Begründung, es herrsche "Papierknappheit", das Erscheinen neuer Zeitungen verboten. Diese Maßnahme ist auch heute noch unverändert gültig, obwohl doch die Regierung nach ihren eigenen Angaben auf der Insel ein "Wirtschaftswunder" vollbracht hat. Überdies konnten zwei neue Zeitungen gegründet werden: die von den Streitkräften abhängige Zeitung "Qingnian Zhanshibao" sowie die englischsprachige Zeitung "China Post". Deshalb glaubt man, daß die Papierknappheit als Begründung für das Verbot von neuen Zeitungen lediglich eine Ausrede sei und daß das Verbot sich auch nur gegen die regierungskritischen Stimmen richte. Auch die bestehenden Tageszeitungen auf der ganzen Insel stehen fast ausnahmslos direkt oder indirekt unter dem Einfluß der Regierungspartei Guomindang.

Für Zeitschriften und Bücher gibt es zwar kein Monopol der Regierungspartei, jedoch wurden die oppositionellen Publikationen häufig von den Kultur- und Militärbehörden verboten, beschlagnahmt oder eingestellt, und zwar mit einfachen, wenig überzeugenden Argumenten wie "Irreführung der Öffentlichkeit", "Widerspruch zu den Grundsätzen der Politik des Staates" oder "Propaganda für die kommunistischen Banditen", immer jedoch ohne Gerichtsverfahren. Bis Ende der siebziger Jahre hat es auf der Insel nur wenige kritische Blätter gegeben. 1960 wurde die Zeitschrift "Ziyou Zhongguo" (Das freie China) stillgelegt, nachdem ihr Herausgeber, Lei Zhen, und mehrere Mitarbeiter verhaftet worden waren; 1965 ging eine andere Zeitschrift, "Wen Xing" (Literaturstern), die den oppositionellen Stab von der "Ziyou Zhongguo" übernommen hatte, ein, nachdem sie von der Regierung unterdrückt worden war; 1975 wurde das erste Monatsblatt von Dissidenten der "neuen Generation" (Xinshengdai) nach fünfmaligem Erscheinen gesperrt und eingestellt. Weil die Zahl der kritischen Zeitschriften

ständig wächst, hat die Regierung noch häufiger vom Maulkorb Gebrauch gemacht. Allein im letzten Jahr wurden die Verbreitung von 16 einzelnen Heften kritischer Zeitschriften verboten (1978: 5, 1979: 10, 1980: 9, 1981: 12) und zehn Zeitschriften mit einer einjährigen Sperre belegt (1978: 5, 1979: 6, 1980: 8, 1981: 6) (13). Auch in diesem Jahr ist die Welle von Verboten und Einstellungen kaum abgeebbt. Im Lauf des ersten Halbjahres haben die Behörden bereits die Verbreitung von neun Heften verschiedener Zeitschriften verboten und zwei Blätter, "Bashi niandai" (Die achtziger Jahre) und "Mingren" (Die Prominente), für ein Jahr mundtot gemacht (14). Heft 9 der Zeitschrift "Shenggen" (Verwurzelung) wurde deshalb verboten, weil es in einem Artikel unter dem Titel "'Hawaii dui Guomindang Pohai Renquan de Kongsu" (Anklage gegen die Guomindang im Ausland wegen der Unterdrückung der Menschenrechte) über zwei Symposien berichtet hatte, die am 21. Mai in Südkalifornien bzw. am 22. Mai in New York über die Menschenrechte in Taiwan stattgefunden hatten. Auf diesen Symposien hatten einige prominente Dissidenten wie Peng Mingmin und Xie Congming, die in Taiwan einmal bzw. mehrmals eingekerkert gewesen waren, die Menschenrechtsverletzungen in Taiwan aufgrund eigener Erfahrungen bezeugt. (15)

Ein anderes wichtiges Hindernis für die freie Meinungsbildung in Taiwan ist das Verbot der Gründung neuer politischer Parteien. Während sich das Verbot neuer Zeitungen zumindest noch auf die oben erwähnte, vor 32 Jahren erlassene Verordnung der Regierung mit der Ausrede der "Papierknappheit" stützt, hat das Einfrieren der Gründung neuer Parteien rechtlich kaum eine Grundlage. In Artikel 14 der Verfassung der Republik China 1947 wurden dem Bürger Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gewährt. Im Belagerungszustand kann der zuständige Oberbefehlshaber zwar kraft Artikel 11 des Notstandsgesetzes von 1934 Versammlungen, Vereinigungen und Demonstrationen stoppen und sie gegebenenfalls auflösen, doch wurden bislang weder von den Militärbehörden noch von der Zentralregierung Vorschriften über das Verbot von Parteien oder die Einschränkung der Aktivitäten politischer Parteien erlassen. 1960 hatte der oben bereits erwähnte Herausgeber der eingestellten Zeitschrift "Ziyou Zhongguo", Lei Zhen, mit anderen Dissidenten geplant, eine opposi-

tionelle Partei zu gründen. Bevor sie jedoch gegründet werden konnte, hatte die Regierung Lei und seine ebenfalls bereits erwähnten engen Mitarbeiter unter der Beschuldigung von Rebellion verhaftet. Zwischen 1978 und 1979 hatte es Gerüchte gegeben, daß die parteilosen Oppositionellen einen neuen Versuch mit einer politischen Vereinigung machen wollten. Wieder wurde kurz vor dem Beschluß im Januar 1979 der bekannte Dissident Yu Dengfa, der die Vorbereitungsarbeiten geleitet hatte, ebenfalls unter der Beschuldigung der Rebellion festgenommen. (16) Noch im Dezember desselben Jahres folgte eine Massenverhaftung von Regierungskritikern kurz nach einer Demonstration anlässlich des internationalen Menschenrechtstages, wobei sich zwischen den Teilnehmern und der Polizei blutige Krawalle ereignet hatten. (17)

Die von der Regierung zwar offiziell nicht verkündete, aber in der Praxis bestehende Einfrierung der Gründung neuer politischer Organisationen ist ebenfalls deutlich nur gegen die Andersdenkenden gerichtet, weil die Guomindang selbst als Regierungspartei ihre Zellen in allen Bereichen einschließlich der Armee und Justiz ausbreiten und neue Massenorganisationen wie die "Vereinigung chinesischer Jugend gegen den Kommunismus und für die Rettung des Staates" (Zhongguo Qingnian Jinguotuan) - auf Kosten der Regierung - gründen durfte. Im Gegensatz zu der genannten Menschenrechtsdemonstration wurde nach einer von der Regierung inszenierten oder mindestens befürworteten antiamerikanischen Demonstration in Taipei am 29. Dezember 1978 keine Verhaftung gemeldet, nachdem Washington die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing und gleichzeitig eine Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan erklärt hatte, wobei der stellvertretende US-Außenminister, Warren Christopher, der mit einer Delegation zu Verhandlungen über die neuen inoffiziellen Beziehungen nach Taiwan gekommen war, von den Demonstranten angegriffen und verletzt worden war.

Trotz der Fortdauer des Kriegesrechtes und den damit verbundenen Behinderungen der Meinungsbildung kann man von einem Totalitarismus oder einer Militärdiktatur in Taiwan nicht sprechen. Im Lauf der letzten zehn Jahre ist auch eine langsame, aber deutliche Liberalisierung eingetreten. Die Bildung einer oppositionellen Partei wurde zwar wiederholt unterdrückt, aber die

einzelnen parteilosen Oppositionellen haben bei den verschiedenen Wahlen in den letzten Jahren immer besser abschneiden können. Vielen Dissidenten, wenn auch nicht allen, wurde erlaubt, Auslandsreisen zu machen. Die Zahl der kritischen Zeitschriften hat trotz der behördlichen Zensur ständig zugenommen. Sogar in den nicht unmittelbar unter der Kontrolle der Regierung bzw. der Regierungspartei stehenden Zeitungen fand man nicht ganz selten kritische Artikel, wenn sie auch milder und vorsichtiger abgefaßt sind.

Unter einer Art "Kriegsrechts-Demokratie" kann man in Taiwan eigentlich bis auf einige politische Tabus alles kritisieren. Abgesehen von dem amtierenden Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) sowie seinem Vorgänger und Vater Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) gibt es auf der Insel z.B. kaum einen "Heiligen", den man nicht anprangern darf. Auch die Guomindang ist keine heilige Kuh. Zu den weiteren politischen Geboten gehört, daß man weder für eine Versöhnung mit Beijing noch für eine Unabhängigkeit Taiwans plädieren darf. Gefährlich ist es bereits, wenn man mit den Kommunisten oder der Unabhängigkeitsbewegung sympathisiert. Am 27. Januar dieses Jahres wurde z.B. ein Bürger aus Hongkong namens Huang Zhongming verhaftet, weil er in einem Café von der Stärke der kommunistischen Streitkräfte auf dem chinesischen Festland erzählt habe. (18) Am 15. November 1980 wurde ein 54-jähriger Taxifahrer namens Meng Shijie vom Militärgericht zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, weil er vor seinen Berufskollegen die politische Demokratie und militärische Technologie auf beiden Seiten der Taiwan-Straße verglichen haben soll. Davor soll er 1958 schon einmal unter der Beschuldigung der Fürsprache für das kommunistische Festland-China zu drei Jahren Umerziehungshaft verurteilt worden sein. (19)

Neben den eben genannten Fall von Huang Zhongming wurden in den ersten Monaten dieses Jahres noch eine Anzahl anderer Personen unter der Beschuldigung der Rebellion bestraft. Ein 68-jähriger in Taiwan geborener und vor einigen Jahren in die USA ausgewandeter Chinese namens Yang Huanxi, der bei einem Heimataufenthalt am 5. Januar festgenommen worden war, bekam eine Haftstrafe von drei Jahren zur Umerziehung, weil er laut Urteil des Militärgerichts des Garnisonshauptquartiers 1981 und 1982 von

Hongkong bzw. den USA aus zwei Briefe an seine Bekannte in Beijing geschrieben habe, in dem er die Politik Beijings für eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan unterstützt habe. Laut ersten offiziellen Angaben nach der Festnahme Yangs soll er jedoch eher ein Sympathisant der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung sein. (20) Ein Geschäftsmann in Taipei, Zhang Rongyi, wurde am 10. Februar ebenfalls von demselben Militärgericht zu drei Jahren Umerziehungshaft verurteilt, weil er mit einem Auslandschinesen in Thailand, Du Shaoyi, Fernsehöhren an das chinesische Festland habe verkaufen wollen. Du, der in Taiwan verhaftet worden war, erhielt eine fünfjährige Freiheitsstrafe. (21) Ferner wurden der Direktor der Fakultät für politische Wissenschaft an der Wenhua-Universität in Taipei, Lu Xiuyi, und ein Kaufmann in Tainan, Ke Sibin, wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation für die Unabhängigkeit Taiwans in Japan zu drei Jahren Umerziehungshaft verurteilt. Eine japanische Hausfrau, die Lu und Ke Schriften und Geld von der Organisation mitgebracht hatte, erhielt in demselben Urteil auch drei Jahre Umerziehungshaft, wurde aber ohne Vollstreckung aus Taiwan abgeschoben. (22)

Diese "milderen" Urteile wurden in Taiwan allgemein als eine Wende der Regierungspolitik gegenüber der Opposition betrachtet, denn in der Vergangenheit hatte das Militärgericht in ähnlichen Fällen meistens höhere Strafen von über zehn Jahren Zuchthaus ausgesprochen. Ein Aufsichtsrat der "Chinesischen Menschenrechtsvereinigung" und Guomindang-Abgeordneter der Nationalversammlung, Qiao Baotai, hat sich in einer Äußerung über das Urteil über Yuan Huanxi befriedigt gezeigt über die Ausgewogenheit im Hinblick auf Menschenrechte und Menschlichkeit (23). Da die Regierung bislang jedoch des öfteren Regierungskritiker als Rebellen ins Gefängnis geworfen hat, ist es mit der Anwendung milderer Strafen sicher noch nicht getan, wenn man erklären möchte, daß die Menschenrechte in den Urteilen tatsächlich berücksichtigt worden seien. Es war früher immer der Fall, daß vor den politischen Wahlen die Verhaftung oppositioneller Politiker durchgeführt wurde. Und im Dezember dieses Jahres werden die Ergänzungswahlen zum Parlament stattfinden.

## ANMERKUNGEN:

- 1) ZYRB und LHB, 10.12.82.
- 2) CP, 10.2.83.
- 3) Taiwan Statistical Data Book 1982, Council for Economic Planning and Development, Executive Yuan, S.54.
- 4) LHB, 9.2.83 und CP, 10.2.83.
- 5) S. Anm.1
- 6) Vgl. LHB, 12.12.82.
- 7) ebd.
- 8) ebd.
- 9) ebd.
- 10) Huang Mingzhong, "Taiwan Renquan Yibaifen - Kan Zhongguo Renquan Xiehui de Diaocha Baogao" (Bestnote für die Menschenrechte in Taiwan - zum Untersuchungsbericht der Chinesischen Menschenrechtsvereinigung), Bashi Niandai, Taipei, Dez. 1982, S.46 ff.
- 11) Lin Zhushui, "Taiwan Zhanhou Renquan Yundongshi" (Die Geschichte der Menschenrechtsbewegung in Taiwan nach dem 2. Weltkrieg), Meilidao, Los Angeles, Nr.123, S.12-13.
- 12) ZYRB, 12.12.82.
- 13) "Yijiubaer Nian Taiwan Renquan Zongbaogao" (Generalbericht über die Menschenrechte in Taiwan, 1982), Meilidao, a.a.O., Nr.120, S.6 ff, hierzu S.8).
- 14) ebd. Nr.128, 133, 135, 140, 141 und 149.
- 15) ebd. Nr.141, S.2 und Nr.140, S.12 ff.
- 16) siehe dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Opposition in Taiwan", C.a. April 1979, S.1292, Ü 67.
- 18) LHB, 19.2.83.
- 19) Siehe dazu "Taiwan (Formosa). Menschenrechte im Ausnahmezustand", Amnesty International Publication, August 1981, S.53.
- 20) LHB, 24.-29.1.83; Shi Minhui, "Yang Huanxi Shijian de Fenxi" (Analyse des Falls von Yang Huanxi), Meilidao, Nr.124, S.3).
- 21) LHB, 11.2.83.
- 22) ZYRB, 25.2. und 15.3.83.
- 23) ebd. 30.1.83.